

Friedrich Bluth

Stadt - Umland - Wanderung im Raum Berlin

Vorbemerkung

Die Suburbanisierung, d. h. die Abwanderung von Bewohnern und Arbeitsstätten aus der Kernstadt in Umlandgemeinden, ist für den Berliner Raum keine neue Erscheinung. Die Einheitsgemeinde Groß-Berlin wurde im Jahr 1920 gebildet, nachdem sich im vorausgegangenen Jahrhundert städtische Siedlungsformen von Berlin aus über eine Vielzahl umgebender Gemeinden ausgebreitet hatten. Obwohl die neuen Stadtgrenzen 1920 großzügig gefasst wurden, blieben schon damals etliche Gemeinden, die funktional und zum Teil siedlungsräumlich eng mit Berlin verflochten waren, außerhalb der neuen Einheitsgemeinde (Beispiel: Kleinmachnow).

In der Zeit zwischen den Weltkriegen (1918 bis 1939) bildete sich die Raumstruktur heraus, die die Berliner Region bis heute kennzeichnet: Entlang den radial auf die Stadt zulaufenden Bahnstrecken als Leitlinien und Erschließungsachsen entstanden weiträumige Siedlungsbereiche mit zumeist sehr großen, ursprünglich der Selbstversorgung dienenden Grundstücken, deren bauliche Nutzung alle Varianten zwischen Dauerwohnen und Wochenendhaus umfasst. Mit dem zweiten Weltkrieg und der anschließenden Teilung wurde die Suburbanisierung im Berliner Raum für einen Zeitraum von 50 Jahren weitgehend unterbrochen.

„Nachholende Suburbanisierung“ ab 1992

Erst nach dem Fall der innerdeutschen Grenzen setzte erneut eine massive Suburbanisierung ein, bei der zunächst nicht das Wohnen im Vordergrund stand. Bevor reguläre landesplanerische Instrumente installiert wer-

den konnten, drängte zu Beginn der 1990er Jahre großflächiger Einzelhandel „auf die grüne Wiese“, bald gefolgt von neuen „Gewerbeparks“. Beide Nutzungen suchten Standorte vorrangig an den großen Ausfallstraßen und deren Schnittpunkten mit dem Autobahn-Außenring und bildeten damit neue, von der Vorkriegsentwicklung abweichende Standortmuster.

Die Bevölkerungs-Wanderungen zwischen Berlin und dem Umland¹ folgten unmittelbar nach dem Mauerfall dem allgemeinen Ost-West-Trend: Berlin (als Teil des „Westens“) verzeichnete bis 1991 Wanderungsgewinne auch aus dem Umland. Erst nachdem in den Gemeinden des brandenburgischen Umlandes die planungsrechtlichen und bautechnischen Voraussetzungen für Wohnungsneubau geschaffen waren, setzte ab 1992 die Abwanderung von Berliner Bürgern ein. Diese „nachholende Suburbanisierung“ steigerte sich bis zum Jahr 1998, in dem per Saldo ein Abwanderungsverlust von nahezu 30 000 Personen erreicht wurde.

Insbesondere infolge der Sonderabschreibungsmöglichkeiten nach dem Fördergebietsgesetz erfolgte zunächst der überwiegende Teil der Bautätigkeit im Geschosswohnungsbau, zum Teil an hierfür planerisch nicht geeigneten Standorten (Beisp.: Gemeinde Fahrland nördlich von Potsdam). Damit wurde ein wesentlicher Beitrag zum Abbau des aufgestauten Nachholbedarfes und zur Entlastung des angespannten Berliner Wohnungsmarktes geleistet. Im Zeitraum 1993 bis 1997 entfielen nur 41 % der Bautätigkeit im Umland auf Eigenheimformen.

Trendwende in 1998

Das Jahr 1998 markiert in mehrfacher Hinsicht eine Trendwende:

- Die Wanderungsverluste Berlins erreichten in 1998 ihren Höchstwert.
- Nachdem 1997 das Maximum des Wohnungsneubaus erreicht war, gehen die Fertigstellungszahlen in Berlin und im Umland ab 1998 laufend zurück.
- Ab 1998 werden im Umland jährlich mehr Wohneinheiten (WE) fertig gestellt als in Berlin; gleichzeitig wird das Einfamilienhaus dort die überwiegende Bauform.

Als wichtigste Gründe für den Rückgang der Umland-Abwanderung seit 1998 sind zu nennen:

- Der Wachstumsdruck der Nach-Wende-Phase war beendet. In Berlin war schon 1993 das Bevölkerungs-Maximum nach der Vereinigung erreicht. Zwischen 1996 und 1998 stieg auch im gesamten engeren Verflechtungsraum (d. h. in Berlin und Umland insgesamt) die Bevölkerungszahl nicht mehr an.
- Die Phase der „nachholenden Suburbanisierung“, in der die überwiegende Zahl der Abwandernden nicht das neue Eigenheim bezog, sondern vorrangig eine Verbesserung der Mietwohnungssituation anstrebte, hatte ihren Höhepunkt überschritten. Mit der Fertigstellung einer großen Zahl von Geschosswohnungen im Umland und im Ostteil Berlins, die durch die Sonderabschreibungsmöglichkeiten des Fördergebietsgesetzes subventioniert wurden,

Tab. 1 **Stadt-Umland-Wanderungen und Wohnungsbau im Umland**

Jahr	Wanderungen Umland - Berlin	Wanderungen Berlin - Umland	Wanderungs- saldo für Berlin	Wanderungs- volumen	darunter Verflechtungs- wanderungen	Wohnungs- bau im Umland	darunter WE in Einfamilien- häusern
1991	5 748	5 572	176	11 320	11 144		
1992	5 717	6 504	-787	12 221	11 434		
1993	6 447	10 385	-3 938	16 832	12 894	2 069	1 638
1994	6 898	16 650	-9 752	23 548	13 796	7 588	3 577
1995	7 847	22 369	-14 522	30 216	15 694	10 749	4 199
1996	9 234	27 993	-18 759	37 227	18 468	19 152	7 042
1997	10 522	38 507	-27 985	49 029	21 044	21 004	8 548
1998	11 582	41 456	-29 874	53 038	23 164	18 511	9 759
1999	13 017	38 263	-25 246	51 280	26 034	15 146	9 435
2000	14 371	33 228	-18 857	47 599	28 742	12 745	8 646
2001	14 818	29 153	-14 335	43 971	29 636	9 653	7 091
2002	15 659	27 992	-12 333	43 651	31 318	8 461	6 507
1991 bis 2002	121 860	298 072	-176 212	419 932	243 720		

Quellen: Statistisches Landesamt Berlin, LDS Brandenburg

¹ Als „Umland“ wird hier der Brandenburgische Teil des „engeren Verflechtungsraumes Brandenburg-Berlin“ bezeichnet, der durch die Anlage zum Landesplanungsvertrag vom 4. Juli 1995 [1] definiert ist.

sowie planmäßig entwickelter Neubau-Großprojekte in Berlin („Neue Vorstädte“) wurde bis 1997 ein Überangebot geschaffen, das nicht nur zu einer Entspannung des Wohnungsmarktes, sondern in der Folge zu zunehmenden Wohnungsleerständen in weniger attraktiven Lagen führte. Ein zusätzliches Angebot auf dem Wohnungsmarkt stellten die über 7 000 WE dar, die nach dem Abzug der alliierten Streitkräfte ab 1994 für zivile Bewohner nutzbar wurden.

- Die Stadtplanung in den Berliner Bezirken reagierte seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre auf die Abwanderung mit der zunehmenden Bereitstellung von Planungsrecht für gartenbezogene Wohnformen, insbesondere den verdichteten Einfamilienhausbau. Damit werden für Teile der potenziellen Abwanderer attraktive Alternativen für familiengerechtes Wohnen innerhalb der Stadt geboten.

Zunehmende Wanderungsverflechtungen

Die Gesamtmenge der zwischen Berlin und dem Umland Wandernden erreichte mit rd. 53 000 Personen in 1998 ein Maximum. Dieses „Wanderungsvolumen“ verringert sich seitdem, jedoch deutlich langsamer als der Wanderungssaldo (Tabelle 1).

Abbildung 1 zeigt, dass nicht nur die Fortzüge von Berlin in das Umland, sondern umgekehrt auch die Zuzüge aus dem Umland nach Berlin sich dynamisch entwickeln. Hier ist seit 1991 eine kontinuierliche Zunahme zu verzeichnen. In welchem Umfang dabei Rückwanderungen ehemaliger Berliner eine Rolle spielen, ist aus der Wanderungstatistik nicht zu entnehmen.

Die zunehmenden Wanderungsverflechtungen zwischen Berlin und den Umlandgemeinden werden noch deutlicher, wenn man die Anzahl der Wanderungsbewegungen betrachtet, die nach Abzug des Wanderungssaldos verbleibt. Während die Wanderungsverluste Berlins sich seit 1998 Jahr für Jahr verringert haben, zeigen die „Verflechtungswanderungen“ eine kontinuierliche Zunahme. Die zunehmenden Umzüge über die Berliner Landesgrenze in beide Richtungen sind ein Indiz dafür, dass der „engere Verflechtungsraum“ auch in der Wahrnehmung der Bürger mehr und mehr zu einer funktionalen Metropolregion zusammenwächst (Abbildung 3).

Abwandernde im Durchschnitt deutlich älter als Zuwandernde

Mit der Verlagerung der Neubautätigkeit vom Geschoss- auf den Einfamilienhausbau veränderte sich auch die Altersstruktur der Umland-Abwanderer:

In der Nach-Wende-Phase 1991 bis 1993 gehörte der überwiegende Teil (>50 %) der Abwandernden zur Altersgruppe 21 bis 42 Jahre mit einem Maximum bei 29 Jahren. Am Ende der Dekade (Mittelwert 1998 bis 2000) sind die Abwandernden deutlich älter geworden. Nun umfasst der überwiegende Teil der Abwandernden die Altersgruppe 27 bis 45 Jahre; das Maximum hat sich auf 35 Jahre verlagert. Zusammen mit den in Abildung 4 ebenfalls ablesbaren Abwandernden im Kindesalter bestätigt sich das Bild von der „typischen“ Abwandererfamilie, die im Alter zwischen 30 und 40 Jahren die Stadt verlässt, um das eigene Heim im Grünen zu beziehen.

Auffallend ist, dass sich in allen Zeitphasen neben der Hauptaltersgruppe und den dazugehörigen Kindern eine „Großeltern-Generation“ abbildet, die anscheinend den erwachsenen Kindern in das Umland folgt.

Abb. 1

Wanderungen

Berlin - Umland ab 1991

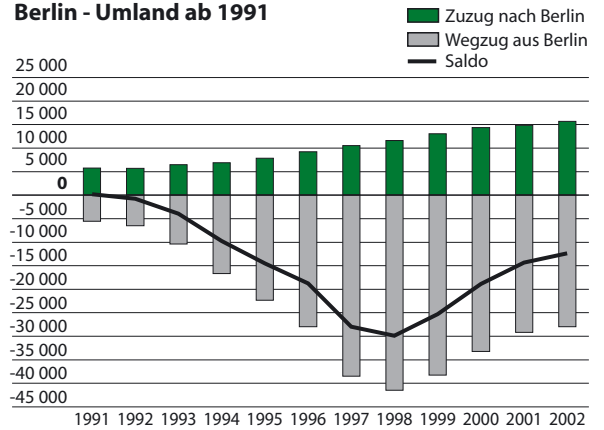


Abb. 2

Wohnungsbau in Berlin und dem Umland seit 1993

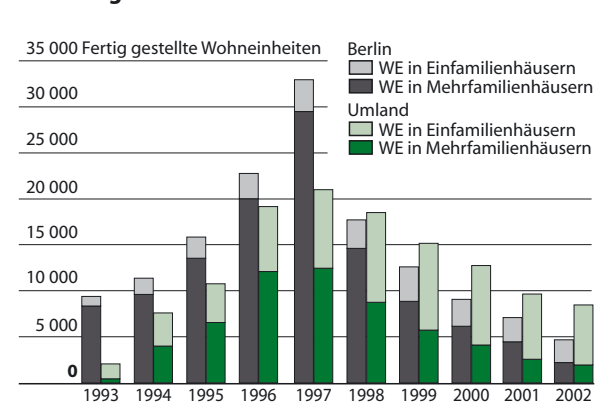
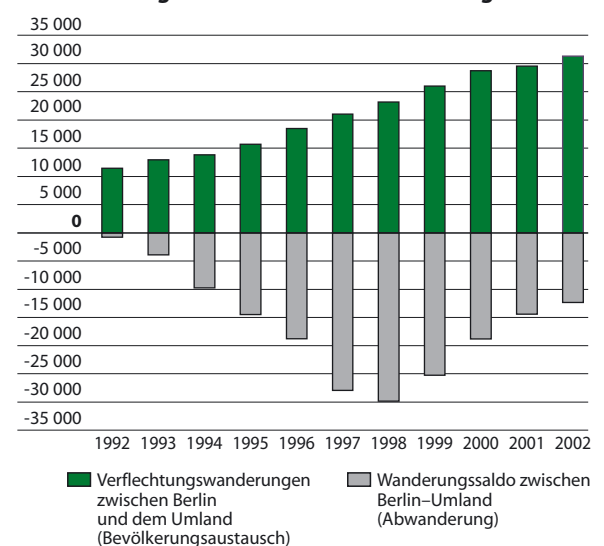


Abb. 3

Wanderungen zwischen Berlin

und dem Umland seit 1992

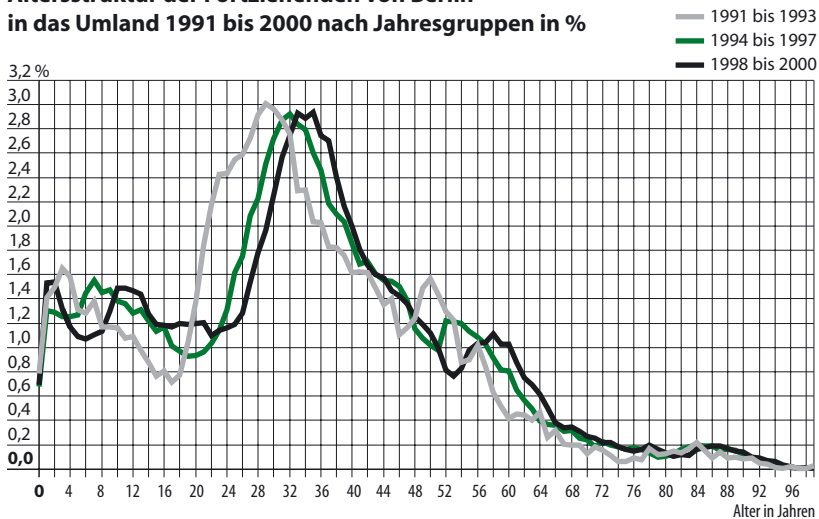
- Bevölkerungsaustausch und Abwanderung -



Altersstruktur der Zuwandernden

Die aus dem Umland nach Berlin Zuwandernden sind deutlich jünger als die Abwandernden. Im Gegensatz zu den Abwandernden sind hier im Zeitraum 1991 bis 2000 keine signifikanten Änderungen im Altersaufbau erkennbar. Der überwiegende Teil (>50 %) der Zuwandernden gehört zur Altersgruppe 18 bis 34 Jahre mit einem Maximum bei 21 Jahren.

Abb. 4 **Altersstruktur der Fortziehenden von Berlin in das Umland 1991 bis 2000 nach Jahresgruppen in %**



Unterschiedliches Wanderungsverhalten im West- und Ostteil der Stadt

Seit Beginn der Wohn-Suburbanisierung zeigt der Ostteil Berlins nahezu doppelt so hohe Wanderungsverflechtungen mit dem Umland wie der Westteil. Im Zeitraum 1999 bis 2001 betrug der mittlere jährliche Abwanderungsverlust gegenüber dem Umland für den Ostteil 8,2 Personen/1 000 Einwohner; im Westteil lag der Wert bei 4,3 Personen/1 000 Einwohner.

Bei einer genaueren Betrachtung nach Lage, Stadtstruktur und Zeitablauf ergibt sich ein dif-

Auffallend sind die überproportionalen Zuwanderungen bei 12- und 13-jährigen Kindern. Zu vermuten ist, dass hier auch Schein-Zuzüge (z. B. Anmeldung bei Verwandten in Berlin) eine Rolle spielen, um Kindern aus abgewanderten Familien weiterhin den Besuch einer weiterführenden Schule in Berlin zu ermöglichen.

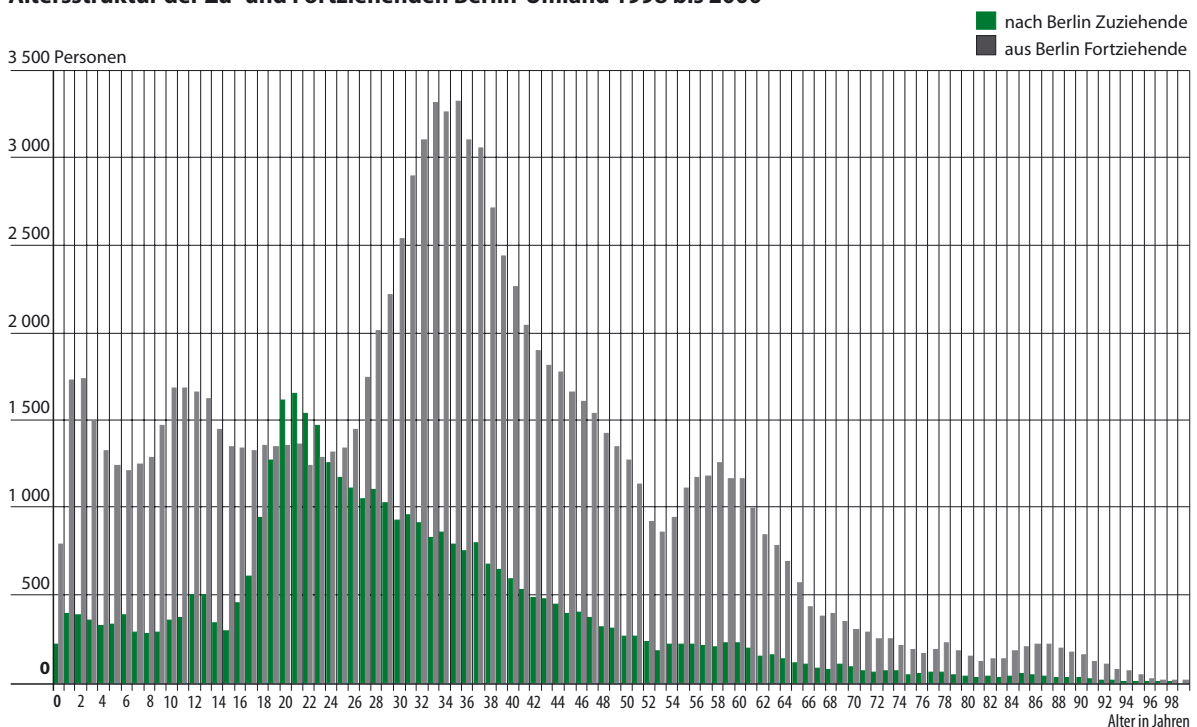
Abbildung 5 zeigt, dass Berlin im Mittel der Jahre 1998 bis 2000 nur bei den 19- bis 22-Jährigen einen leichten Wanderungsgewinn gegenüber dem Umland verzeichnen konnte. In allen übrigen Altersjahren war der Wanderungssaldo für Berlin negativ.

Der Vergleich mit der Struktur der Zuwanderer aus dem übrigen Bundesgebiet zeigt deutliche Parallelen: Der Altersaufbau der Zuwanderer aus dem Umland ähnelt demjenigen der Zuwanderer aus den neuen Bundesländern (außerhalb des Berliner Umlandes), ist jedoch weniger deutlich durch die Studierenden-Jahrgänge geprägt. Bei den Zuwanderern aus dem alten Bundesgebiet macht sich dagegen der „Hauptstadteffekt“ bemerkbar, mit dem vermehrt jüngere Personen mit abgeschlossener Ausbildung nach Berlin kamen (Abbildung 6).

ferenzierteres Bild. Die Karten (Titel und 3. Umschlagseite) ermöglichen für den Zeitraum 1999 bis 2001 folgende Aussagen:

- Nahezu das gesamte Stadtgebiet ist durch Abwanderungsverluste gegenüber dem Umland betroffen. Wanderungsgewinne in einzelnen Statistischen Gebieten sind die Ausnahme.
- Teilräume mit überdurchschnittlicher Abwanderung weisen zumeist auch überdurchschnittliche (aber absolut geringere) Zuwanderungen auf. Fast immer findet in Gebieten mit einem hohen Wanderungsverlust zugleich ein besonders intensiver Bewohner-Austausch mit dem Umland statt.
- Im Westteil der Stadt bestehen die intensivsten Wanderungsverflechtungen mit dem Umland am Stadtrand, d. h. in denjenigen Statistischen Gebieten, die unmittelbar an die Brandenburgischen Nachbargemeinden angrenzen. Zur Innenstadt hin nimmt die Wanderungsintensität ab und erreicht die niedrigsten Anteile in den Quartieren, die durch besonders hohe Ausländeranteile geprägt sind. Dieses Verteilungsmus-

Abb. 5 **Altersstruktur der Zu- und Fortziehenden Berlin-Umland 1998 bis 2000**



ter bestätigt die Erfahrungen bei der Binnenwanderung in Berlin, wonach Umzüge zu meist über kürzere Distanzen erfolgen.

- Im Ostteil der Stadt ist das räumliche Verteilungsmuster „Innen / Außen“ weniger deutlich ausgeprägt. Das Wandergeschehen mit dem Umland ist hier offensichtlich weit stärker durch Aspekte der Siedlungs- und Baustruktur bestimmt, die im Folgenden detaillierter betrachtet werden.

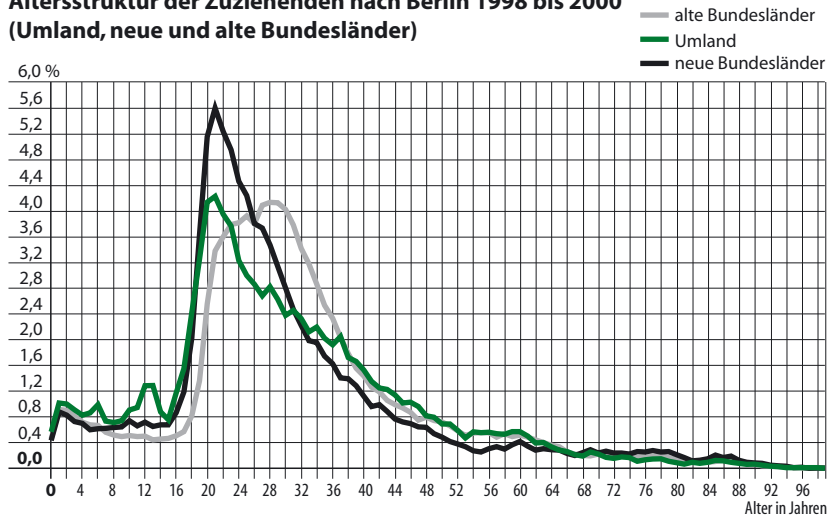
Die höchsten relativen Abwanderungsverluste (jährlich zwischen 11 und 20 Personen / 1 000 Einwohner) weisen die am nordöstlichen Stadtrand gelegenen Großsiedlungen Hohenschönhausen, Marzahn und Hellersdorf sowie der ebenfalls durch „Plattenbauten“ geprägte östliche Teil von Buch auf. Diese neun Statistischen Gebiete² führten von 1996 bis 2000 durchgängig die Rangliste der Umland-Abwanderungsgebiete an und wiesen gleichzeitig die höchsten Einwohnerverluste in Berlin auf. In den fünf Jahren zwischen dem Jahresende 1995 und 2000 sank hier die Einwohnerzahl um 20,9 % von 329 000 auf 260 000 Personen. Am Gesamt-Einwohnerverlust von rd. 69 000 Personen war die Umland-Abwanderung mit rd. 26 500 Personen (38,5 %) beteiligt.

Abbildung 8 zeigt die Sonderstellung der peripheren Großsiedlungen am östlichen Stadtrand (PGO) im Vergleich zu den übrigen Lage- und Baustrukturtypen. Darüber hinaus verbleiben erhebliche strukturelle Unterschiede zwischen dem West- und Ostteil der Stadt bei zwei Raumtypen:

- Die durch Geschosswohnungsbau geprägte innere Stadt verliert im Ostteil mehr als doppelt so viel Einwohner an das Umland wie im Westteil. Hierfür bieten sich zwei Erklärungen an: Im Westteil leben in der inneren Stadt hohe Anteile ausländischer Bevölkerung, die nur marginal an der Stadt-Umland-Wanderung beteiligt ist. Im Ostteil besteht auch in der inneren Stadt ein erheblicher Teil der Bausubstanz aus „Plattenbauten“.

2 SG 171, 175, 176, 181, 182, 184, 193, 194, 195

Abb. 6 Altersstruktur der Zuziehenden nach Berlin 1998 bis 2000 (Umland, neue und alte Bundesländer)



Diese Bereiche weisen überproportionale Wanderungsverluste auf.

- Bei den Einzelhausgebieten am Stadtrand liegen die relativen Abwanderungsverluste im Westteil rund doppelt so hoch wie im Ostteil. Ursächlich hierfür dürfte sein, dass die Einzelhausgebiete im Ostteil zumeist über umfangreiche Nachverdichtungspotenziale verfügen, die seit der Vereinigung intensiv genutzt wurden. Das Bodenpreinsniveau ist günstiger als im Westteil. Damit sind diese Gebiete selbst Zielräume für Wanderungen. Im Westteil bestehen dagegen nur noch geringe Nachverdichtungspotenziale. Der Wunsch nach einem bezahlbaren eigenen Haus in zumutbarer Nähe zum bisherigen Wohnstandort ist häufig nur in einer Nachbargemeinde zu erfüllen.

Wie oben erwähnt, führten in den Jahren 1996 bis 2000 die Großsiedlungen am östlichen Stadtrand die Rangliste der relativen Wanderungsverluste an. Auch zu Beginn der Suburbanisierung, in den Jahren 1994/95, waren die Großsiedlungen in der „Spitzengruppe“ vertreten. Dazu kamen mit hohen Werten Teile der historischen Innenstadt im Ostteil sowie einzelhausgeprägte Gebiete am Stadtrand im Westteil (Frohnau, Lübars, Wannsee).

In den Jahren 2000/2001 scheint sich erneut ein leichter Wechsel anzubahnen: Neben den weiter dominierenden Großsiedlungen weisen jetzt auch einige Neubaugebiete der 1990er Jahre (Kienberg, Alt-Stralau, Buchholz) zunehmend hohe Abwanderungsverluste auf.

Abb. 7 Umland-Abwanderung 1999 bis 2001 nach Lage und Baustruktur der Abwanderungsgebiete in Berlin

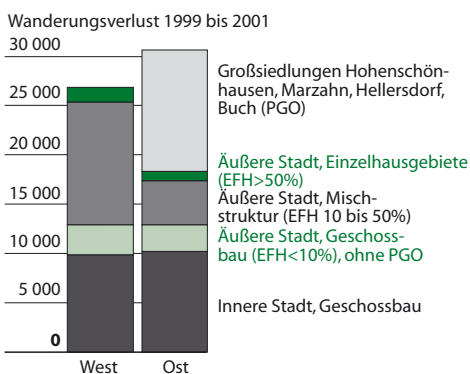


Abb. 8 Mittlere jährliche Umland-Abwanderung je 1 000 Einwohner 1999 bis 2001

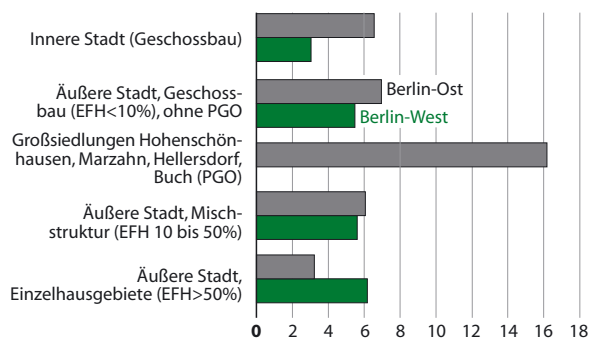
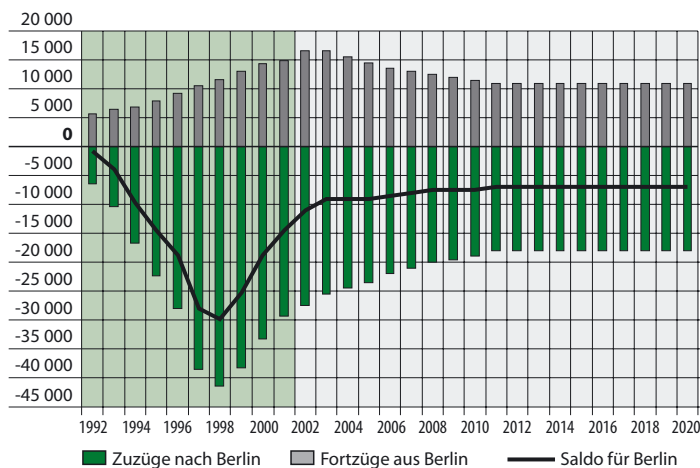


Abb. 9 **Wanderungsbewegungen zwischen Berlin und dem Umland**
1992 bis 2001 real, ab 2002: Prognoseansätze



Zusammenfassend ist festzustellen, dass in den durch „Plattenbauten“ geprägten Teilen der Stadt offensichtlich die höchsten Differenzen zwischen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Bewohner und der tatsächlichen Wohnsituation vorlagen. Die daraus resultierende „Abstimmung mit dem Möbelwagen“ hat zwar ihren Höhepunkt überschritten, ist jedoch noch nicht beendet. Am Ende des ersten Jahrzehnts nach der Vereinigung zeigt sich, dass einige der „Neuen Vorstädte“ aus der Mitte der 1990er Jahre von einem Teil ihrer Bewohner als Durchgangsstation vor der Abwanderung in das Umland genutzt werden. Diese Tendenz ist nicht überzubewerten. Erfahrungsgemäß vergeht ein Zeitraum von bis zu zehn Jahren, bis sich in neu errichteten Wohnsiedlungen ein dauerhafter Bewohnerstamm gebildet hat.

Möglichkeiten planerischer Steuerung

Erst 1998 trat der Landesentwicklungsplan für den engeren Verflechtungsraum Brandenburg-Berlin (LEPeV) [2] als übergeordneter Raumordnungsplan für die Berliner Region in Kraft. Als räumliches Leitbild liegt ihm die in der Zwischenkriegszeit entstandene, an den radial auf Berlin ausgerichteten Bahnlinien orientierte Siedlungsstruktur zugrunde.

Aufgrund der langen Vorlaufzeit nach der Vereinigung, in der u. a. zunächst die Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg als planauf-

stellende Behörde installiert werden musste, umfasst die Siedlungsflächenkulisse des LEPeV auch alle gemeindlichen Bauleitpläne, die bis 1994/95 genehmigt bzw. gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt worden waren.³ Das auf diesen Neubauf Flächen sowie durch die großflächigen Nachverdichtungspotenziale in den Siedlungsgebieten aus der Zwischenkriegszeit gegebene Gesamtangebot an Bebauungsmöglichkeiten ist derart umfangreich, dass eine quantitative Begrenzung der Wohn-Suburbanisierung über die räumliche Planung auch langfristig als unrealistisch einzuschätzen ist. Zwar basiert der LEPeV – wie jeder Raumordnungsplan – u. a. auf Annahmen zu künftigen Mengenentwicklungen. Seine zentrale Aufgabe ist jedoch nicht die Steuerung von Quantitäten, sondern die Sicherung einer geordneten Siedlungs- und Feiraumentwicklung.

Geringere Abwanderungsverluste zu erwarten

In der Bevölkerungsprognose für Berlin 2002 bis 2020 wird – in Abstimmung mit den für die Erarbeitung der Bevölkerungsprognose zuständigen Dienststellen in Brandenburg – von folgenden Erwartungen ausgegangen:

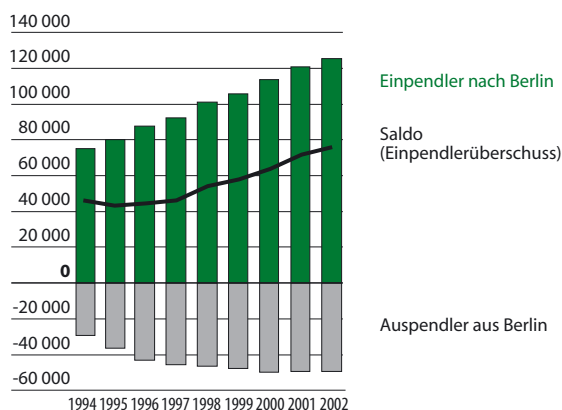
Die Fortzüge aus Berlin (in 2001: rd. 29 000 Personen) werden weiter zurückgehen und sich nach 2010 in einer Größenordnung von 18 000 Personen konsolidieren. Auch die Zahl der aus dem Umland nach Berlin Zuziehenden (in 2001: rd. 15 000 Personen) wird in den nächsten Jahren wieder abnehmen und nach 2010 bei rd. 11 000 Personen liegen. Damit ergibt sich per Saldo bereits kurzfristig ein Abwanderungsverlust von unter 10 000 Personen pro Jahr, der sich nach 2010 voraussichtlich bis auf 7 000 Personen p. a. verringern wird.

Insgesamt wird für den Prognosezeitraum 2002 bis 2020 aus der Stadt-Umland-Wanderung ein negativer Saldo von 147 000 Personen erwartet. Dieser Wert bedeutet einerseits einen gravierenden Verlust für Berlin, zumal davon auszugehen ist, dass die Stadt auch weiterhin vorrangig jüngere deutsche Familien mit überdurchschnittlichem Einkommen an die Umlandgemeinden verliert. Andererseits ist der erwartete Wanderungsverlust für den Prognosezeitraum von 19 Jahren geringer als die tatsächlichen Verluste im vorausgegangenen Jahrzehnt 1992 bis 2001.

Diese quantitativen Ansätze basieren auf folgenden Entwicklungserwartungen:

- Die Wohnungsbautätigkeit im Umland wird weiter zurückgehen. Gründe dafür sind das Überangebot im Geschosswohnungsbereich, die zunehmenden Konkurrenzangebote in Berlin sowie die ungünstiger gewordenen Förderkonditionen für den Einfamilienhausbau. Aktuell nimmt die Zahl der im Umland erteilten Baugenehmigungen weiter ab.
- Auf den Rückgang des Wohnungsneubaus folgte in Berlin eine Verringerung der Umzugstätigkeit im Stadtgebiet. Es ist davon auszugehen, dass mit einem sich verringern den Neubau-Angebot im Umland auch die Zahl der „Verflechtungswanderungen“ über die Stadtgrenze wieder zurückgeht.

Abb. 10 **Arbeitspendlerverflechtungen Berlin-Umland**



3 Zu den Fristen im Einzelnen siehe Art. 22 Abs. 5 Landesplanungsvertrag [1].

Zahl der Arbeitspendler gestiegen

Über die Arbeitspendlerverflechtungen zwischen Berlin und dem Umland liegen erst ab 1994 Daten vor. In der Statistik des Landesarbeitsamtes Berlin-Brandenburg werden als Berliner Umland die Bereiche der an Berlin angrenzenden Geschäftsstellen der Brandenburger Arbeitsämter zusammengefasst. Diese Flächenkulisse ist weitgehend deckungsgleich mit den Altkreisen vor der Kreisgebietsreform in Brandenburg und entspricht näherungsweise dem „engeren Verflechtungsraum“ der gemeinsamen Landesplanung.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Berufspendler zwischen Berlin und dem Umland ist von rd. 104 000 im Jahr 1994 auf rd. 170 000 im Jahr 2001 gestiegen. Gleichzeitig erhöhte sich der Einpendlerüberschuss für Berlin von 46 000 auf rd. 72 000 Personen.

Abbildung 10 zeigt, dass die Entwicklungen nahezu spiegelbildlich zur Stadt-Umland-Wanderung der Bevölkerung verliefen. Allerdings ist – im Gegensatz zum rückläufigen Saldo der Bevölkerungsabwanderung – bis 2001 noch keine Verlangsamung der Zunahme des Arbeitspendlersaldos zu verzeichnen.

Herr Friedrich Bluth ist als Gruppenleiter bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung zuständig für den Bereich „Planungsgrundlagen“

Quellennachweis

[1] Gesetz zum Staatsvertrag über die Aufgaben und Trägerschaft sowie Grundlagen und Verfahren der gemeinsamen Landesplanung zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg (Landesplanungsvertrag) vom 4. Juli 1995 (GVBl. S. 407).

[2] Verordnung über den gemeinsamen Landesentwicklungsplan für den engeren Verflechtungsraum Brandenburg-Berlin vom 2. März 1998 (GVBl. S. 38).

Nachrichten aus der amtlichen Statistik

IKT-Erhebung auch 2004

Auch im Jahr 2004 wird die Europäische Umfrage zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien „Private Haushalte in der Informationsgesellschaft“ stattfinden. Es ist die dritte Stichprobe dieser Art in Deutschland; die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen waren an der ersten Erhebung im Jahr 2002 allerdings nicht beteiligt.

Die IKT-Erhebung 2004 wird im Zeitraum Ende April / Ende Mai durchgeführt. Sie richtet sich an alle privaten Haushalte, und zwar unabhängig davon, ob sie im Besitz von modernen Informations- und Kommunikationsmitteln (PCs, Internet-Anschluss, Handys etc.) sind oder nicht und ob sie diese elektronischen Medien privat, beruflich oder im Rahmen einer beruflichen Aus-/Fortbildung oder vielleicht auch gar nicht nutzen.

Das Ergebnis der Befragung soll ein möglichst vollständiges Bild der sog. Informationsgesellschaft zeichnen und verlässliche, statistisch belegte Aussagen über die Verfügbarkeit, die Verbreitung und die Nutzung der modernen elektronischen Medien zulassen, mit den entsprechenden Veränderungen über mehrere Jahre. Von besonderem Interesse sind dabei Erkenntnisse über Zusammenhänge zwischen diesen Daten und den sozio-ökonomischen Angaben der Haushalte (Geschlecht, Alter, Bildungsstand, Beruf, Einkommen, Haushaltsgröße, Nationalität) – dies auch im europäischen Vergleich.

Die Umfrage zur Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien 2004 erfolgt nach § 7 Abs. 2 des Bundesstatistikgesetzes (BStatG) vom 22. Januar 1987, zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 18 des Gesetzes vom 21. Dezember 2000.

Die Teilnahme der Haushalte an der IKT-Erhebung ist freiwillig.